



Ibiza-Affäre als geostrategischer Schachzug gegen Russland-freundliche Politik



Das Medienforschungsprojekt „Swiss Propaganda Research“ berichtet, dass es Straches Überzeugung gewesen sei, dass Österreich keinem Militärbündnis angehören sollte. Könnte es einen Zusammenhang zwischen der Russland-freundlichen Politik Straches und der so genannten „Ibiza-Affäre“ geben? Ein Schelm, der Böses dabei denkt!

„Swiss Propaganda Research“ schreibt in seiner fortlaufend aktualisierten Übersicht und Analyse der geostrategischen und geheimdienstlichen Hintergründe der Ibiza-Affäre, dass mit Gudenus und Strache die beiden Hauptarchitekten der Achse Wien-Moskau beseitigt worden seien.

Gudenus fädelt 2016 das Abkommen zwischen Straches FPÖ und der Putin-nahen Partei Einiges Russland ein. Seit 2017 forderte Strache wiederholt den Austritt Österreichs aus der NATO-Partnerschaft sowie den Austritt Europas aus der NATO. Österreich solle sich „voll und ganz“ auf seine „Neutralität und Vermittlerrolle in der Welt“ konzentrieren.

Ganz grundsätzlich sei es Straches Überzeugung, dass Österreich überhaupt keinem Militärbündnis angehören sollte – weder der NATO, noch einem allfälligen EU-Bündnis. FPÖ-Spitzenkandidat Vilimsky, der sich 2014 noch gegen die Russland-Sanktionen aussprach, kündigte nun nach der Ibiza-Affäre an,

das 2016 vereinbarte Kooperationsabkommen zwischen der FPÖ und Einiges Russland auslaufen zu lassen. Er betonte, keine „Verstrickungen nach Russland“ zu haben, und verwies auf seine guten Kontakte zum Pentagon. Nun wird diesbezüglich vom „Ende der ‚russischen‘ Fraktion in der FPÖ“ gesprochen.

Laut „Swiss Propaganda Research“ ist die britische „Integrity Initiative“ auch in die Ibiza-Affäre involviert. Die „Integrity Initiative“ betreibt gemäß veröffentlichten Originaldokumenten ein internationales, verdecktes Netzwerk aus Geheimdienstlern, Militäroffizieren, Politikern, Journalisten und Akademikern, das umfangreiche antirussische Medienkampagnen koordiniert. Finanziert wird die Initiative hauptsächlich vom britischen und amerikanischen Außenministerium sowie der NATO, punktuell aber auch von Facebook und deutschen Unternehmen.

Die „Integrity Initiative“ versuchte bereits in mehreren Ländern, die Wahl von russlandfreundlichen Politikern und Spitzenbeamten zu verhindern oder zu Fall zu bringen. Für die Schweiz ist dafür sogar als konkretes Zieldatum der Oktober 2019 angegeben – das Datum der Eidgenössischen Wahlen. Könnte das ein Mitgrund dafür sein, dass in der Schweiz die EU-kritische SVP (Schweizerische Volkspartei) seit Jahr und Tag, mit einer regelrechten Medienhetze zu kämpfen hat?

von hm.

Quellen:

<https://swprs.org/ibiza-zusammenfassung/>
<https://www.oe24.at/oesterreich/politik/euwahl2019/Elefantenrunde-Ibiza-ist-fuer-Politik-tragisch/381787765>
<https://swprs.org/die-integrity-initiative/>
<https://www.nachdenkseiten.de/?p=48278>

Das könnte Sie auch interessieren:

#Strache - Der politische Fall von Heinz-Christian Strache ... -
www.kla.tv/HeinzChristianStrache

#Oesterreich - www.kla.tv/Oesterreich

Kla.TV – Die anderen Nachrichten ... frei – unabhängig – unzensiert ...



- ➔ was die Medien nicht verschweigen sollten ...
- ➔ wenig Gehörtes vom Volk, für das Volk ...
- ➔ tägliche News ab 19:45 Uhr auf www.kla.tv

Dranbleiben lohnt sich!

Kostenloses Abonnement mit wöchentlichen News per E-Mail erhalten Sie unter: www.kla.tv/abo

Sicherheitshinweis:

Gegenstimmen werden leider immer weiter zensiert und unterdrückt. Solange wir nicht gemäß den Interessen und Ideologien der Systempresse berichten, müssen wir jederzeit damit rechnen, dass Vorwände gesucht werden, um Kla.TV zu sperren oder zu schaden.

Vernetzen Sie sich darum heute noch internetunabhängig!

Klicken Sie hier: www.kla.tv/vernetzung

Lizenz:  *Creative Commons-Lizenz mit Namensnennung*

Verbreitung und Wiederaufbereitung ist mit Namensnennung erwünscht! Das Material darf jedoch nicht aus dem Kontext gerissen präsentiert werden. Mit öffentlichen Geldern (GEZ, Sferaf, GIS, ...) finanzierte Institutionen ist die Verwendung ohne Rückfrage untersagt. Verstöße können strafrechtlich verfolgt werden.